

Aktuelle Urteile

Haftungs- und Versicherungsrecht

Bezugsberechtigung bei Lebensversicherung überprüfen

Die Erklärung des Versicherungsnehmers in einem Versicherungsantrag, im Falle seines Todes solle „der Ehegatte der versicherten Person“ Bezugsberechtigter der Versicherungsleistung sein, ist auch im Fall einer späteren Scheidung der Ehe regelmäßig dahin auszulegen, dass der mit dem Versicherungsnehmer zum Zeitpunkt der Festlegung der Bezugsberechtigung verheiratete Ehegatte begünstigt sein soll.
(BGH IV ZR 150/05)

Hinweis auf „Routineuntersuchung“ problematisch

Wird bei einem Antrag auf Abschluss einer Berufsunfähigkeitsversicherung nach Behandlungen, Beratungen und Untersuchungen in den letzten drei Jahren gefragt, kommt es für eine Anzeigepflichtverletzung nicht auf die Einschätzung des Versicherungsnehmers oder Diagnosen an. Gibt der Versicherungsnehmer trotz ärztlicher Feststellungen erhöhter Leberwerte nur „Routineuntersuchung“ an, ist dies arglistig und berechtigt die Versicherung zur Anfechtung des Vertrages und Verweigerung der Leistungen.
(KG 6 U 18/06)

Sicherung eines Kfz bei abschüssigem Gelände

Wer sein Kraftfahrzeug auf einem Gelände mit einem Gefälle mit 10 % abstellt, handelt grob fahrlässig, wenn er nicht neben der ausreichenden Betätigung der Handbremse mindestens den 1. Gang einlegt.
(OLG Karlsruhe 19 U 127/06)

Kein Kaskoschutz bei Betrug

Wird das versicherte Fahrzeug einschließlich der Schlüssel einem vermeintlichen Kaufinteressenten gegen Übergabe eines ungedeckten Schecks freiwillig überlassen, so liegt ein nicht versicherter Betrug und kein vom Kaskoschutz erfasster Diebstahl vor, wenn dieser Kaufinteressent das Fahrzeug nicht zurückbringt.
(OLG Saarbrücken 5 U 650/05-100)

Kanarische Inseln gelten als Europa

Die so genannte Europa-Klausel in den VHB 74 (Hausratversicherung), die entgegen der entsprechenden Bestimmungen in den VHB 84 keine Beschränkung auf Europa im geografischen Sinn beinhaltet, ist dahingehend zu verstehen, dass sie für Europa im politischen Sinn und damit auch für Gran Canaria gilt.
(LG Berlin 7 S 31/06)

Beschädigung eines Kfz infolge eines Schlaglochs

Ein Straßensicherungspflichtiger kann aufgrund einer Verletzung der Straßensicherungspflicht haften, wenn ein Fahrzeug dadurch beschädigt wird, dass es bei Dunkelheit in ein mit Regenwasser gefülltes tiefes Schlagloch fährt, das der Versicherungspflichtige über längere Zeit nicht beseitigt hat.
(LG Meiningen 2 O 1226/05)

Keine Privathaftpflicht bei Betanken eines Fremdautos mit Benzin statt Diesel

Das fehlerhafte Verhalten eines Beifahrers an einem Pkw, der die kurze Abwesenheit des Fahrzeughalters und Fahrers in einem Tankstellengebäude benutzt, um das Fahrzeug an die Zapfsäule zu fahren und irrig mit Benzin statt mit Diesel zu betanken, wird nicht von der Privathaftpflichtversicherung abgedeckt.
(LG Duisburg 11 O 105/05)

In Großraumgarage gelagerte Autoreifen nicht versichert

Demontierte Autoreifen sind vom Versicherungsschutz in der Fahrzeugteilversicherung allenfalls dann umfasst, wenn sie unter Verschluss verwahrt werden. Bei einer Lagerung in einer durch ein Tor gesicherten Großraumtiefgarage eines Mietshauses ist dieses Merkmal nicht erfüllt.
(AG Bad Homburg 2 C 1111/06)

Arbeits- und Sozialrecht

Verhaltensbedingte Kündigung wegen privater Internetbenutzung

Die exzessive Nutzung des Internets während der Arbeit zu privaten Zwecken kann eine schwere Pflichtverletzung des Arbeitsvertrages sein, die den Arbeitgeber ohne vorangegangene Abmahnung zu einer fristgemäßen Kündigung des Arbeitsverhältnisses aus verhaltensbedingten Gründen berechtigen kann.
(BAG 2 AZR 200/06)

Nicht immer sind Ausbildungskosten zurückzuzahlen

Die Vereinbarung in einem Formulararbeitsvertrag, nach welcher ein Arbeitnehmer vom Arbeitgeber übernommene Kosten für ein Fachhochschulstudium in jedem Fall (anteilig) zurückzahlen muss, wenn das Arbeitsverhältnis vor Ablauf einer bestimmten Frist endet, ist zu weit gefasst. Sie ist unwirksam, weil die Rückzahlungspflicht ohne Rücksicht auf den jeweiligen Grund für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses ausgelöst werden soll.
(BAG 9 AZR 482/06)

Beratungspflichten der Gewerkschaft bei Verjährung

Mit der Übernahme des Auftrags zur Gewährung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes ist die Gewerkschaft – nicht anders als ein in gleichartigem Mandat tätiger Rechtsanwalt – verpflichtet, die Interessen des Auftraggebers im Rahmen dieses Auftrags umfassend wahrzunehmen. Richtet sich der Rechtsschutzauftrag auf die Erhebung der Kündigungsschutzklage, dann ist die Gewerkschaft verpflichtet, das Mitglied auf die Notwendigkeit einer Sicherung fortbestehender Ansprüche auf Zahlung des laufenden Gehalts gegen drohende Verjährung hinzuweisen.
(OLG Frankfurt/M. 24 U 121/06)

Fälscher fliegt sofort raus

Legt ein Bewerber ein gefälschtes Zeugnis vor, kann das auch Jahre später zur Anfechtung des Arbeitsvertrages führen, wenn jedenfalls das gefälschte Zeugnis mitursächlich für die Einstellung war.
(LAG Stuttgart 5 Sa 25/06)